



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 9. bis 15. Mai 2024

Die vergangene Woche brachte die erwartete Regierungsumbildung, bei der vier Minister ausgetauscht wurden. Medien und Politik befassten sich daneben mit den Arbeiten an der Novellierung des Gesetzes zum Landesgerichtsrat (KRS), zu denen in den letzten Tagen kritische Stimmen aus den Reihen der Richterschaft laut wurden. Ebenso wurde viel über den jüngsten Bauernprotest geschrieben, der eher an eine Kundgebung des rechten politischen Spektrums erinnerte.

Regierungsumbildung

Wie längst erwartet, stellte Ministerpräsident Donald Tusk (KO) am 10. Mai die neuen Minister vor, welche die für das Europäische Parlament kandidierenden bisherigen Minister ersetzen sollen. Neue Chefs wurden für vier Ressorts ernannt, und zwar: Tomasz Siemoniak, Minister für Inneres und Verwaltung; Hanna Wróblewska, Ministerin für Kultur und Nationales Erbe; Jakub Jaworowski, Minister für Staatsbesitz; schließlich noch Krzysztof Paszyk, Minister für Entwicklung und Technologie. Für diese räumen Marcin Kierwiński, Borys Budka, Bartłomiej Sienkiewicz und Krzysztof Hetman ihre Positionen.

Bei der Vorstellung der neuen Minister sagte Tusk: „Wir sind hier, um die Möglichkeiten bestmöglich und vollends zu nutzen. Es zählt nur das Interesse des Landes. Die Minister, die sich verabschieden, haben ihre Aufgabe erfüllt.“¹

¹<https://www.money.pl/gospodarka/rekonstrukcja-rzadu-tusk-odkryl-karty-niespodzianka-w-kluczowym-resorcie-7025934778972672a.html>

Bei der Aushändigung der Ernennungsurkunden stellte Präsident Andrzej Duda (PiS) fest: „Heute vollziehen wir einen Wechsel auf sehr wichtigen Positionen in der Republik.“² Duda wandte sich auch direkt an die neuen Minister. Er appellierte an Tomasz Siemoniak, sich besonders um die Grenzwa­che zu kümmern: „Ich bitte Sie, Herr Minister, ihnen Ihre besondere Fürsorge angedeihen zu lassen, weil diese Leute in den letzten Jahren besonderen Belastungen ausgesetzt waren, nicht nur dort an der Grenze, sondern auch in den Medien.“³

Sławomir Sowiński, Politologieprofessor an der Kardinal Stefan Wyszyński-Universität Warschau, schreibt für *Wirtualna Polska*: „Die neuernannten Minister werden es nicht einfach haben. Denn von allem sonstigen abgesehen, übernehmen die neuen Minister ihre Ämter in einem politischen Umfeld, das bereits von ihren Vorgängern gestaltet wurde, und ihr Spielraum für personelle und strukturelle Änderungen wird sehr begrenzt sein.“⁴

Marta Rawicz schreibt für *Dziennik. Gazeta Prawna* zu den Ernennungen von Hanna Wróblewska und Jakub Jaworowski: „Hier sind zwei gegenläufige Gesichtspunkte aufeinandergeprallt: Zum einen derjenige der Partei, demzufolge beide Ressorts den bisherigen stellvertretenden Ministern oder aber Abgeordneten der PO zugefallen wären, zum andern derjenige der Sachkenntnis, demzufolge kompetente Leute von außerhalb der Politik zu holen sind. In beiden Fällen hat letzterer Gesichtspunkt den Ausschlag gegeben, auch wenn aus jeweils verschiedenen Gründen.“⁵

Piotr Lisiewicz sagte im Fernsehsender *TV Republika*: „Die Regierungsumbildung sollte die Solidarność-Kundgebungen in der Hauptstadt in den Hintergrund treten lassen. Das war die Idee dahinter – haben wir schon mal eine Viertelmillion Leute auf den Straßen, dann bilden wir die Regierung um, auch Minister Kierwiński, der früher Tränengas gegen Kundgebungen der im Familienbetrieb wirtschaftenden Landwirte hatte einsetzen lassen.“⁶ (Sowohl die Anzahl von einer Viertelmillion Teilnehmer als auch der Tränengaseinsatz gegen Teilnehmer früherer Kundgebungen entsprechen nicht den Tatsachen; A.d.Red.)

Der *Dziennik. Gazeta Prawna* teilt mit, nach den Wahlen zum Europaparlament könnten weitere Veränderungen in der Regierung vorgenommen werden, um die Zahl der stellvertretenden Minister zu reduzieren.⁷

²<https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,30965379,rekonstrukcja-rzadu-prezydent-andrzej-duda-mianowal-nowych.html>

³Ebenda.

⁴<https://wiadomosci.wp.pl/rekonstrukcja-rzadu-o-nowe-otwarcie-latwo-nie-bedzie-opinia-7026103862782944a>

⁵<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9505606,przy-rekonstrukcji-rzadu-starly-sie-dwie-koncepcje-opinia.html>

⁶<https://tvrepublika.pl/P-Lisiewicz-Rekonstrukcja-rzadu-miala-przycmic-manifestacje-Solidarnosci-w-stolicy-Studio-prasowe,161904.html>

⁷<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9505720,bedzie-kolejna-rekonstrukcja-rzadu-za-duzo-wiceministrow.html>

Probleme mit der KRS-Reform

Die Arbeiten an der Reform des Gesetzes über den Landesgerichtsrat (die *Krajowa Rada Sądownictwa*, KRS) dauern an. Diese soll eine der wichtigsten Etappen auf dem Weg zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen sein. Bei der Novellierung sollen die von der PiS-Partei ernannten Richter, die sogenannten Neorichter, aus der KRS verschwinden, während bei der Auswahl neuer Ratsmitglieder Richter anstelle von Politikern herangezogen werden sollen. Der Sejm hat beschlossen, dass die Neorichter nicht erneut in die KRS berufen werden können, was Präsident Duda allerdings abgelehnt hat: „Das Gesetz wird in dieser Form nicht meine Zustimmung finden, weil es keine Grundlagen zur Unterscheidung der Richter gibt.“⁸ Auch die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) hat sich gegen die pauschale Ausschließung aller Neorichter ausgesprochen. Daher führte der Senat eine Korrektur durch, durch die der Ausschluss sämtlicher Neorichter aufgehoben wurde, und der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Bearbeitung an die Sejmkommission zurückgeleitet. Doch die vom Senat eingeführten Korrekturen wurden von zahlreichen Richtern kommentiert, daher wurden die Arbeiten unterbrochen, um zusätzliche Rechtsgutachten einzuholen.

Richter Bartłomiej Przymusiński, Sprecher der Richtervereinigung Iustitia, sagte: „Der Senat beschloss, die Augen vor dem Problem der Neorichter zu verschließen, und legte vor ihnen den roten Teppich zur KRS aus. [...] Rechtsstaatlichkeit ist nicht verhandelbar.“⁹

Dominika Wielowieyska schreibt in der *Gazeta Wyborcza*: „Sollte der Präsident sein Veto gegen das Gesetz einlegen, wird die Pattsituation weiter die Rechtsprechung lahmlegen. Meiner Meinung nach verfährt [Justizminister Adam] Bodnar korrekt, wenn er einen Kompromiss mit Andrzej Duda zu finden versucht. Es gibt keinen anderen Weg, als die weitere Tätigkeit der Neorichter zu akzeptieren, und nur in extremen, parteipolitisch eindeutigen Fällen ihre Position in Frage zu stellen.“¹⁰

Tomasz Pietryga schreibt in der *Rzeczpospolita*: „Bodnar hat also ein Dilemma. Auf der einen Seite muss er auf den Zusammenhalt mit seinen kompromisslosen Unterstützern achten, auf der anderen Seite geht es ihm darum, einen ersten wichtigen Erfolg bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit zu erzielen, denn die KRS-Reform steht kurz davor, in Kraft zu treten.“¹¹

⁸<https://wyborcza.pl/7,75398,30969162,protesty-po-poprawce-senatu-sejm-odklada-prace-nad-reforma.html>

⁹Ebenda.

¹⁰<https://wyborcza.pl/7,75968,30967139,zgnily-kompromis-w-sprawie-krs-do-tanga-trzeba-dwojga.html>

¹¹<https://www.rp.pl/opinie-prawne/art40350831-tomasz-pietryga-przelom-w-krs-jeszcze-nigdy-nie-byl-tak-blisko-czy-tusk-pozwoli-na-kompromis>

Weitere Bauernproteste

Am 10. Mai fand in Warschau eine weitere Bauerdemonstration statt, die vom Unabhängigen Selbstverwalteten Berufsverband der Individualbauern „Solidarność“ organisiert wurde. Die Demonstranten protestierten gegen den sogenannten Green Deal, aber auch gegen Ministerpräsident Donald Tusk, was sie in einer an einem Galgen aufgehängten Tusk-Puppe zum Ausdruck brachten. Unter den Teilnehmern befanden sich zahlreiche Politiker von Recht und Gerechtigkeit, unter deren Regierung Polen den New Deal annahm, unter anderem der frühere Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und der frühere stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Kaczyński.

Krystyna Naszkowska schreibt in der *Gazeta Wyborcza* über die der parteipolitische Färbung des Demonstrationzugs: „Der Marsch, an dessen Spitze sich der PiS-Vorsitzende gesetzt hatte, war angeblich ein Protest in Sachen der Landwirtschaft, aber die Teilnehmer konnten sich nicht recht entscheiden, was nun schlimmer sei: der Green Deal oder der Rotschopf Tusk.“¹²

Interessanterweise erklärten einige Angehörige des Berufsverbandes noch vor Beginn des Marschs, sie würden wegen dessen parteipolitischer Vereinnahmung nicht daran teilnehmen. „Die Solidarność veranstaltet eine politische Mahnwache, keinen Protest, und ich weiß nicht, wofür das gut sein soll. Wenn politische Kreise an dem Protest gegen den Green Deal teilnehmen, den sie selbst eingeführt haben, werden wir nicht mit dabei sein. Alle wissen, dass der Green Deal von [EU-Landwirtschaftskommissar] Janusz Wojciechowski von PiS eingeführt wurde“,¹³ sagte im Gespräch mit *Dziennik. Gazeta Prawna* Sławomir Izdebski, Vorsitzender der Landwirtschaftsabteilung des Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbands (OPZZ).

Ähnlich äußert sich Mateusz Gibała auf dem Portal *BiznesAlert.pl*: „Die offenkundige emotionale Manipulation mit antiökologischen und gegen die Klassengesellschaft gerichteten Parolen könnte denken lassen, dass der Protest eher ein Instrument der politischen Auseinandersetzung ist als Ausdruck einer wirklichen Unzufriedenheit in der Gesellschaft.“¹⁴

Der Abgeordnete der Polnischen Volkspartei (PSL) Marek Sawicki appellierte an die Landwirte: „Sie sollten eher das Gespräch mit der Regierung suchen und nicht an politischen Kundgebungen von PiS teilnehmen.“¹⁵

¹²<https://wyborcza.pl/7,75968,30961531,jaroslaw-kaczynski-udaje-rolnika.html>

¹³<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9504481,rolniczy-protest-ktory-dzieli-od-strajku-odcinaja-sie-sami-zwiazkowc.html>

¹⁴<https://biznesalert.pl/bezpieczenstwo-cyberprzestrzen-srodowisko-ue-dezinformacja-polska-rosja/>

¹⁵<https://dorzeczy.pl/opinie/585867/protest-rolnikow-sawicki-najpierw-pogonic-hipokrytow-z-pis.html>

Tweet der Woche

„Die Visakommission [d.h. der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Visaaffäre] zeigt, dass die Herrschaften von PiS die Kontrolle über die Migration verloren hatten. Sie wussten nicht, wer in welcher Zahl und mit welchen Absichten kommt. Sie akzeptierten Korruption, Druck auf die Konsuln und massenweisen Verkauf von Bescheinigungen von ‚Studentenvisa‘. Sicherheit stand für sie an letzter Stelle!“¹⁶

Abgeordneter der Bürgerkoalition Michał Szczerba

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹⁶<https://twitter.com/MichalSzczerba/status/1790422230536511634>